

Reiche Städte verzichten auf Beitrag

Freie Wohlfahrtspflege in NRW fordert einheitliche Kita-Gebühren

Von Wilfried Goebels

DÜSSELDORF. Die Freie Wohlfahrtspflege in NRW fordert landesweit einheitliche Kita-Beiträge und ein kostengünstiges Mittagessen in Kitas und Ganztagschulen. Nach Angaben des Vorsitzenden der Landesarbeitsgemeinschaft (LAG), Andreas Meiwes, verzichten reiche Städte wie Düsseldorf auf Kita-Beiträge, während Eltern in armen Kommunen wie Wuppertal teilweise bereits bei einem Einkommen von 12 500 Euro im Jahr für eine 35-stündige Betreuung 27 Euro monatlich zahlen müssen. „Langfristiges Ziel muss

die Beitragsfreiheit sein“, so Meiwes. Bis dahin müsse der Gesetzgeber für einheitliche Lebensverhältnisse und gleiche Beiträge sorgen.

Darüber hinaus verlangt die Freie Wohlfahrtspflege verbindliche Regelungen für den Erhalt von Frauenhäusern und eine Wiedereinführung der Landesförderung von Arbeitslosenzentren in NRW. „Jeder zweite Hartz-IV-Bescheid ist fehlerhaft. Deshalb ist eine Beratung der Arbeitslosen nötig“, erklärte Meiwes.

Die Landesarbeitsgemeinschaft hat den Parteien vor der Landtagswahl 40 Fragen zur Sozialpolitik vorgelegt. Als Fa-

zit betonte Meiwes, dass die Opposition weniger an die Finanzierung von Sozialprojekten denke als die Regierungsparteien. „Die Linke beschäftigt sich überhaupt nicht mit Finanzierungsfragen und antwortet oft sehr plakativ und oberflächlich.“ Dabei seien die Wohlfahrtsverbände realistisch genug, „dass nicht alle Forderungen nach der Wahl umgesetzt werden können“.

In der LAG sind 17 Spitzenverbände wie Awo, Caritas, Diakonie und Paritätischer Wohlfahrtsverband organisiert. Die Antworten sind im Internet abrufbar unter: www.nrw-bleib-sozial.de.

Westfalenpost 21.4.2010